

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Clara Bünger, Matthias W. Birkwald, Anke Domscheit-Berg, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Christian Görke, Nicole Gohlke, Ates Gürpinar, Dr. André Hahn, Susanne Hennig-Wellsow, Andrej Hunko, Jan Korte, Ina Latendorf, Ralph Lenkert, Christian Leye, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Petra Pau, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

„Frau, Leben, Freiheit“ – Solidarität mit den Protesten in Iran – Verfolgte aufnehmen, Abschiebungen stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem gewaltsamen Tod der 22-jährigen iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini Mitte September 2022, die von der Sittenpolizei wegen angeblichen Verstoßes gegen Kleidungs Vorschriften festgenommen worden war, kommt es im Iran landesweit zu Protesten. Mit der Parole „Jin, Jîyan, Azadî“ – „Frau, Leben, Freiheit“ – die der kurdischen Frauenbewegung entnommen ist, demonstrieren vor allem Frauen und Mädchen gegen die frauenfeindliche Gesetzgebung des Regimes und seine repressive Politik, die keine Opposition duldet, grundlegende Menschenrechte missachtet und ethnische Minderheiten diskriminiert. Mit äußerster Brutalität versuchen Sicherheitskräfte, diesen friedlichen Protest niederzuschlagen. Laut Angaben der in Oslo ansässigen Menschenrechtsorganisation „Iran Human Rights“ wurden mindestens 154 Menschen, darunter auch Kinder, von staatlichen Sicherheitskräften bislang getötet. Geleakte Dokumente verdeutlichen laut Amnesty International, dass die brutale Vorgehensweise der iranischen Polizei systematisch erfolgt und vom Generalhauptquartier der Streitkräfte angeordnet wurde. Trotz der eskalierenden Situation versuchen deutsche Behörden weiterhin, abgelehnte Asylsuchende nach Iran abzuschicken. Dies ist angesichts der menschenrechtlichen Situation im Iran genauso inakzeptabel wie der Umstand, dass über 10.000 Iranerinnen und Iraner aktuell in Deutschland keinen Aufenthaltstitel haben und mit dem prekären Status der Duldung leben müssen. Zudem erhalten bis heute Funktionäre und Profiteure des Regimes Visa für Reisen nach Deutschland und investieren hierzulande Teile ihres Vermögens. Agenten des iranischen Regimes, die die Exilopposition ausspionieren, sind eine permanente Bedrohung für Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit Menschen, die vor dem iranischen Regime fliehen müssen, eine sichere Einreise in die EU bzw. nach Deutschland ermöglicht und ihnen unkompliziert Schutz gewährt wird,
 2. sich gegenüber den Bundesländern für eine generelle Aussetzung der Abschiebungen nach Iran einzusetzen und die Bundesministerin des Innern und für Heimat zu beauftragen, ihr Einvernehmen gegenüber den Bundesländern zu erklären, dass geduldeten Iranerinnen und Iranern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, die zur Arbeitsaufnahme berechtigt,
 3. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anzuweisen, ablehnende Bescheide in Bezug auf das Herkunftsland Iran mit Blick auf die aktuelle Entwicklung nicht nur nach entsprechenden Folgeanträgen, sondern generell erneut zu überprüfen und gegebenenfalls abzuändern, soweit Rechtsmittel gegen diese Bescheide anhängig sind,
 4. bessere Schutzmaßnahmen für gefährdete Exil-Iranerinnen und -Iraner zu treffen und eine Anlaufstelle zu schaffen, an die sich vom iranischen Regime in Deutschland bedrohte Personen wenden können,
 5. sich auf internationaler Ebene für die Einrichtung einer UN-Untersuchungskommission einzusetzen, um die Verbrechen von Mitarbeitern iranischer Behörden bei der Niederschlagung der friedlichen Proteste zu dokumentieren, aufzuklären und Verantwortliche zu benennen,
 6. dafür zu sorgen, dass Deutschland kein sicherer Hafen für Personen ist, die für Verbrechen bei der Niederschlagung der friedlichen Proteste und die vielen Toten verantwortlich sind.

Berlin, den 8. November 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion